

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

1. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 17. Oktober 2016, mit dem eine EntschlieÙung vom 5. Oktober 2016 betreffend „Führerscheinkosten senken – Teure und ineffektive Perfektionsfahrten abschaffen!“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 17. Oktober 2016, mit dem eine EntschlieÙung vom 5. Oktober 2016 betreffend „Verbesserungen im Bereich der steuerlichen Förderung von Kunst- und Kultureinrichtungen“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 14. Oktober 2016, mit dem eine EntschlieÙung vom 5. Oktober 2016 betreffend „Weideschlachtung ermöglichen“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 13. Oktober 2016, mit dem ein Beschluss vom 5. Oktober 2016 betreffend „Asyl- und Flüchtlings-situation im Land Salzburg“ vorgelegt wird.
5. Schreiben von zwei Gemeinden (Bruck/Leitha, Maria Enzersdorf), mit denen Resolutionen gegen den Ausbau der Atomkraft am Standort Dukovany vorgelegt werden.
6. Schreiben des Bürgermeisters von Wels vom 5. Oktober 2016, mit dem eine Resolution vom 3. Oktober 2016 betreffend die Einführung eines aufgabenorientierten Finanzausgleiches, vorgelegt wird.
7. Schreiben der Stadt Graz vom 12. Oktober 2016, mit dem eine Resolution vom 22. September 2016 betreffend „Integrationsfähigkeit absichern“ vorgelegt wird.
8. Schreiben der Gewerkschaft Bau-Holz Vorarlberg vom 18. Oktober 2016, mit dem eine Resolution zur Pensionsanpassung 2017 vorgelegt wird.
9. E 172-NR/XXV.GP vom 12. Oktober 2016 betreffend die Evaluierung der Breitbandförderung im Rahmen der Breitbandstrategie 2020 (Wortlaut siehe Beilage).
10. E 173-NR/XXV.GP vom 13. Oktober 2016 betreffend Errichtung eines Denkmals für die aus Österreich stammenden Opfer bei Maly Trostinec (Wortlaut siehe Beilage).
11. E 175-NR/XXV.GP vom 13. Oktober 2016 betreffend Menschenrechtslage in der Türkei (Wortlaut siehe Beilage).

12. E 176-NR/XXV.GP vom 13. Oktober 2016 betreffend mehr Geld für UN Organisationen für Projekte zum Schutz von Frauen vor sexueller Gewalt (Wortlaut siehe Beilage).
13. E 177-NR/XXV.GP vom 13. Oktober 2016 betreffend Frauen und Kinder auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 12. Oktober 2016

betreffend die Evaluierung der Breitbandförderung im Rahmen der Breitbandstrategie 2020

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird aufgefordert, den bisherigen Vollzug des Masterplans zur Breitbandförderung mit Abschluss der ersten Phase zu evaluieren und einen Bericht über die Umsetzung und eventuelle Verbesserungsmöglichkeiten zu erstellen und dem Nationalrat vorzulegen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 13. Oktober 2016

betreffend Errichtung eines Denkmals für die aus Österreich stammenden Opfer bei Maly Trostinec

Die Bundesregierung wird aufgefordert unter Einbeziehung des Vereins IMMER, und anderer Expertinnen und Organisationen die Umsetzung, Konkretisierung von Inhalten und Form der beabsichtigten namentlichen Darstellung, sowie die Finanzierung der Errichtung eines würdigen Denkmals für die aus Österreich stammenden Opfer bei Maly Trostinec (Maly Tras'tsyanyets) zu ermöglichen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 13. Oktober 2016

betreffend Menschenrechtslage in der Türkei

Die unterzeichneten Abgeordneten unterstützen den Standpunkt der Bundesregierung, die sich vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in der Türkei dafür ausgesprochen hat, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nicht fortzusetzen.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass seitens der Europäischen Kommission die Entwicklung der Situation der Menschenrechte, der Meinungsfreiheit, des Minderheitenschutzes und der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet wird und diese Beobachtungen auch auf die Monitoringberichte Einfluss haben.

Die Bundesregierung wird zudem aufgefordert, an dem im Regierungbereinkommen festgelegten Ziel einer maÙgeschneiderten Partnerschaft zwischen der EU und der Türkei weiter festzuhalten.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 13. Oktober 2016

betreffend mehr Geld für UN Organisationen für Projekte zum Schutz von Frauen vor sexueller Gewalt

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres wird aufgefordert

- humanitäre Projekte zum Schutz syrischer Flüchtlingsfrauen und Mädchen, stärker zu unterstützen;
- sich für die Stärkung der Teilhabe von Frauen sowie Schutz vor geschlechts-basierter Gewalt in allen Phasen der Konfliktbewältigung in den einschlägigen multilateralen Organisationen und bei allen Akteuren [UN Einheit für Gleichstellung und Ermächtigung von Frauen (UN Women), Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften (IKRK/IFRK), Amt für Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), EU-Syrien-Fonds (Madad-Fonds), Nichtregierungsorganisationen, etc.] einzusetzen;
- weiter daran zu arbeiten, den 75 Prozentanteil der ADA-Projekte und ADA-Programme mit OECD Gendermarker 1 und 2 zu erreichen.“

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 13. Oktober 2016

betreffend Frauen und Kinder auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung

Die Bundesregierung wird ersucht, sich dafür einzusetzen, dass

- der UNHCR sich weiterhin dafür einsetzt, die Gefahrenquellen für Frauen in den Flüchtlingslagern, insbesondere nahe den Krisenregionen, so gut wie möglich zu reduzieren und die Frauen bestmöglich zu schützen und zu versorgen;
- die österreichische Unterstützung für humanitäre Hilfe die besondere Situation und Bedürfnisse von Frauen berücksichtigt;
- Frauen und Kindern, die Opfer von Menschenhandel oder anderer Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt und Missbrauch geworden sind, Zugang zu Schutz- und Hilfsmaßnahmen u.a. im Einklang mit dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul Konvention“) erhalten.